

Mag. Gerhard Feiler  
Steuerberater

An das  
Bundesministerium für Finanzen  
[e-Recht@bmf.gv.at](mailto:e-Recht@bmf.gv.at)

Wien, am 1.6.2015

**Betrifft: „Bankenpaket“ – Begutachtungsentwurf für ein Bundesgesetz, mit dem das Bankwesen<sup>1</sup> (Bankwesengesetz – BWG) geändert, das Bundesgesetz über die Einrichtung eines Kontenregisters (Kontenregistergesetz – KontRegG), das Bundesgesetz über die Meldepflicht von Kapitalabflüssen (Kapitalabfluss-Meldegesetz) und das Bundesgesetz zur Umsetzung des gemeinsamen Meldestandards für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten (Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz – GMSG) erlassen, das EU-Amtshilfegesetz und das Amtshilfe-Durchführungsgesetz geändert werden (126/ME)**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als beruflich ua mit der Bearbeitung legislativer Neuerungen befasst und auch sonst an einer soliden und sowohl inhaltlich als auch formal korrekten Gesetzgebung interessierter Staatsbürger erlaube ich mir zu oa Gesetzesentwurf folgende Anmerkungen zu übermitteln:

Mit dem **Kapitalabfluss-Meldegesetz** in der Fassung des Begutachtungsentwurfs 126/ME wird mE ein „bürokratisches Monster“ geschaffen, das nur schwer wird wieder eingefangen und gezähmt werden können! Dies insbesondere aus zwei Gründen:

1. Die Definition der Kapitalabflüsse in § 2 Z 2 Kapitalabfluss-Meldegesetz-Entwurf „Auszahlungen und Überweisungen von Sicht,<sup>2</sup> Termin- und Spareinlagen, die Übertragung von Eigentum an Wertpapieren (§ 1 Abs. 1 des Depotgesetzes, BGBl. Nr. 424/1969, und § 3 Abs. 2 Z 13 des Investmentfondsgesetzes<sup>3</sup> 2011 – InvFG 2011, BGBl. I Nr. 77/2011) mittels Schenkung im Inland sowie die Verlagerung von Wertpapieren in ausländische Depots“ ist viel zu weit gefasst.

Während hinsichtlich Wertpapieren zutreffend auf einen Auslandsbezug oder auf eine Übertragung auf einen Dritten abgestellt wird, fehlt dies bei Auszahlungen und Überweisungen von Sicht-, Termin- und Spareinlagen unverständlicher Weise völlig. Damit wird allerdings nicht nur jede Überweisung auf ein Konto eines Dritten sondern auch jeder Übertrag auf ein anderes Konto der selben Person meldepflichtig. Und dies nicht nur ins Ausland sondern zu jeder anderen inländischen Bank, ja sogar zwischen Konten bei ein und der selben Bank (etwa vom Girokonto auf ein Sparsbuch oder ein Wertpapierdepot)!

Dies hat mit dem ausweislich der Erläuternden Bemerkungen vorgesehenen Regelungszweck der Aufdeckung bzw. Verhinderung von Kapitalabflüssen vor Einführung der Zugriffsmöglichkeit der Finanzverwaltung auf Bankkontoinformationen gemäß erweitertem § 38 Abs. 2 BWG analog zu jenen aus der Schweiz vor Einführung des Abkommens über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt nichts zu tun. Mit Kapitalabflüssen können in diesem Zusammenhang nur solche aus Österreich gemeint sein. Überträge von einem inländischen endbesteuerten Konto auf ein anderes stellen keine Kapitalabflüsse dar, da die Mittel weiterhin unverändert der österreichischen Besteuerung und dem Zugriff der österreichischen Finanzverwaltung unterliegen.

**Überweisungen auf Konten bei inländischen Banken (IBAN beginnend mit AT) sollten daher von der Meldepflicht ausgenommen werden.**

---

<sup>1</sup> richtig: das Bundesgesetz über das Bankwesen

<sup>2</sup> richtig: Sicht-,

<sup>3</sup> richtig: Investmentfondsgesetzes

Da gemäß § 32 Abs. 3 BWG Abbuchungen und Überweisungen von einer Spareinlage auf ein anderes Konto unzulässig sind, stellen alle Reduktionen von Sparguthaben „Auszahlungen“ dar, auch wenn diese anschließend gleich wieder auf ein anderes Konto (Spar- oder Girokonto) eingezahlt werden. Und selbst wenn keine zeitgleiche Einzahlung auf ein anderes inländisches Konto erfolgt, kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Beträge Kapitalabflüsse aus Österreich darstellen, indem die Steuerpflichtigen unter den Generalverdacht gestellt werden, diese sämtlich – zB im berühmten „Schwarzen Koffer“ – illegal über die Staatsgrenze zu transportieren, wogegen es ohnehin andere wirksamere Mittel gibt. Meist geht es vielmehr nur darum das Geld bei einer anderen österreichischen Bank zu veranlassen ohne seiner Hausbank den Grund dafür erläutern und sich ihr gegenüber für den Abzug rechtfertigen zu müssen.

**Auszahlungen sollten daher generell von der Meldepflicht ausgenommen werden.**

2. Die Meldegrenze von 50.000 Euro ist wesentlich zu niedrig angesetzt. Zum Jahresende 2014 bestanden lt. Statistik der Österreichischen Nationalbank über die Geschäftsstrukturdaten der Kreditinstitute bei inländischen Banken allein 406.616 Spareinlagen inländischer Kunden mit Guthaben über 50.000 Euro, zum weitaus überwiegenden Teil von Privaten. Dazu kommen noch zigtausende private Termin- und Sichteinlagen mit entsprechenden Guthabensständen. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, da die Einlagensicherung 100.000 Euro je Person und Kreditinstitut umfasst, Guthaben bis zu dieser Höhe also als besonders schützenswert anzusehen sind.

Die in den Erläuternden Bemerkungen angeführte Analogie zum Schwellenwert für Schenkungsmeldungen erscheint nicht schlüssig, da es bei Letzteren vor allem darum geht ungeklärte Vermögenszuwächse hintanzuhalten, während Konsumationen oder reine Vermögensumschichtungen (sei es innerhalb des Finanzvermögens oder in Sachanlagen) regelmäßig nicht beschränkt sind.

**Die Meldegrenze sollte daher zumindest auf „mehr als 100.000 Euro“ angehoben werden.**

Wird diesen Vorschlägen nicht entsprochen, ist ein immenser bürokratischer Aufwand sowohl für die Finanzverwaltung als auch in erster Linie für die Steuerpflichtigen vorprogrammiert:

Selbst wenn auf jedem dieser Konten bloß alle 2-3 Jahre eine Transaktion erfolgt, die einen Kapitalabfluss gemäß obiger Definition darstellt, resultieren daraus mehr als 200.000 Meldungen pro Jahr, das sind rd 17.000 pro Monat. Dazu kommen noch jene Transaktionen von Konten mit niedrigeren Guthabensständen, die gemäß § 3 Abs. 2 Kapitalabfluss-Meldegesetz-Entwurf zusammenzurechnen sind. In Zeiten von Guthabenszinsen nahe oder uU sogar unter Null sind aber Überträge auf gebundene Einlagen oder zu Kreditinstituten mit besseren Angeboten wesentlich häufiger zu erwarten, was die Anzahl der zu erwartenden Meldungen wohl noch weiter erhöhen wird.

Auch die überwiegende Mehrzahl der mehrere 100.000 jährlichen Immobilientransaktionen in Österreich umfasst einen Eigenmitteleinsatz von über 50.000 Euro, der wiederum zu „Kapitalabflüssen“ im gegenständlichen Sinn führt, obwohl ihm regelmäßig ein „Kapitalzufluss“ auf einem Anderkonto eines Notars oder Rechtsanwalts als Treuhänder gegenüber steht. Ein automatischer Abgleich mit anderen Registern oder Quellen erscheint kaum möglich, da sich Termine und Beträge regelmäßig zu stark unterscheiden werden.

Was soll in der Folge die Finanzverwaltung mit den zigtausenden Meldungen der Kreditinstitute anfangen? Schubladieren und ignorieren wird sie diese ohne sich des Verdachts des Amtmissbrauchs auszusetzen nicht können. Also muss sie sie an alle diejenigen Steuerpflichtigen zur Auskunftserteilung weiterleiten, von denen naturgemäß keine Erklärung ausländischer Kapitaleinkünfte erfolgt ist, da sie ja tatsächlich keine Kapitalabflüsse ins Ausland vorgenommen haben – also praktisch fast alle – und den Rücklauf der Antworten kontrollieren, einmahnen und sanktionieren?

Deren Erklärung, dass sie keinen „Kapitalabfluss“ in das Ausland getätigt haben, einfach zur Kenntnis zu nehmen wird wohl nicht ausreichen können. Zumindest in signifikanter Zahl von Stichproben wird von den Steuerpflichtigen verlangt werden, die Mittelverwendung egal wofür sie tatsächlich erfolgte, detailliert nachzuweisen – regelmäßig Monate, wenn nicht Jahre später mit dann wohl oft mangelhaften oder unzureichenden Unterlagen (außer es wird auch für Private eine allgemeine Aufbewahrungspflicht für Belege jedweder Art eingeführt).

Und was passiert mit den Nichtantwortern – sind diese automatisch verdächtig (Schwarz-)geld ins Ausland transferiert zu haben und wird gegen diese gleich ein Ermittlungsverfahren mit Auskunftsverlangen gemäß § 38 Abs. 2 Z 11 BWG-Entwurf eingeleitet? Beides entspricht dann wohl einer Kontoöffnung ohne hinreichenden Verdacht und ist eindeutig menschenrechts- und somit verfassungswidrig!

**Diese Auswirkungen sollten daher noch einmal gründlich überdacht und das Kapitalabfluss-Meldegesetz– wenn nicht gänzlich gestrichen – dann jedenfalls in seinem Anwendungsbereich wesentlich eingeschränkt werden.**

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme ergeht gleichzeitig an das Präsidium des Nationalrates pA [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at).

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Gerhard Feiler